

Nachhaltige Familienpolitik

Bertram, Hans; Rösler, Wiebke; Ehlert, Nancy

Postprint / Postprint

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Bertram, H., Rösler, W., & Ehlert, N. (2006). Nachhaltige Familienpolitik. *Sozialwissenschaftlicher Fachinformationsdienst soFid*, Familienforschung 2006/1, 9-21. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-201798>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Nachhaltige Familienpolitik¹

Hans Bertram, Wiebke Rösler, Nancy Ehlert

Nachhaltige Familienpolitik kann nur erfolgreich sein, wenn sie die unterschiedlichen Präferenzen von Frauen und Männern widerspiegelt. Eine integrative Konzeption aus Zeitoptionen, Infrastrukturangeboten und Geldtransfers kann diesen unterschiedlichen Lebensentwürfen gerecht werden.

Nachhaltige Familienpolitik

Nachhaltige Familienpolitik begründet ihren Anspruch auf der Gestaltung der Rahmenbedingungen familiären Lebens mit dem Grundsatz, zukünftigen Generationen die gleichen Chancen zur Gestaltung eigener Lebensvorstellungen und Ziele zu ermöglichen, wie das für die jetzt aktive Generation möglich ist. Als Ziele einer nachhaltigen Familienpolitik nennt Rürup (2003) die Sicherung einer ausreichenden Kinderzahl, um der Alterung der Gesellschaft vorzubeugen, und die Integration der Frauen in das Erwerbsleben, um einem antizipierten Mangel an Fachkräften entgegenwirken zu können.² Diese ökonomische Argumentation muss um einige demographische und familiensoziologische Argumente erweitert werden. Die Erweiterung ist schon deshalb notwendig, weil die geringe Geburtenrate in Deutschland nicht allein durch hohe Kinderlosigkeit erklärt werden kann. Eine Aufgliederung der Geburtenrate in ihre Anteile an ersten, zweiten, dritten und vierten Kindern macht deutlich, dass der Geburtenrückgang in Deutschland wie in den USA und anderen europäischen Ländern das Ergebnis des Verschwindens der Mehrkinderfamilie ist. Der entscheidende Unterschied zu Ländern mit höheren Geburtenraten liegt ebenfalls nicht an der unterschiedlichen Kinderlosigkeit in diesen Ländern, sondern an der unterschiedlichen Entscheidung für Mehrkinderfamilien.

1 Erstmals erschienen unter dem Titel „Zeit, Infrastruktur und Geld: Familienpolitik als Zukunftspolitik“ in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (2005), H. 23-24, S.6-15.

2 Bert Rürup/Sandra Gruescu, *Nachhaltige Familienpolitik im Interesse einer aktiven Bevölkerungsentwicklung*. Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin 2003.

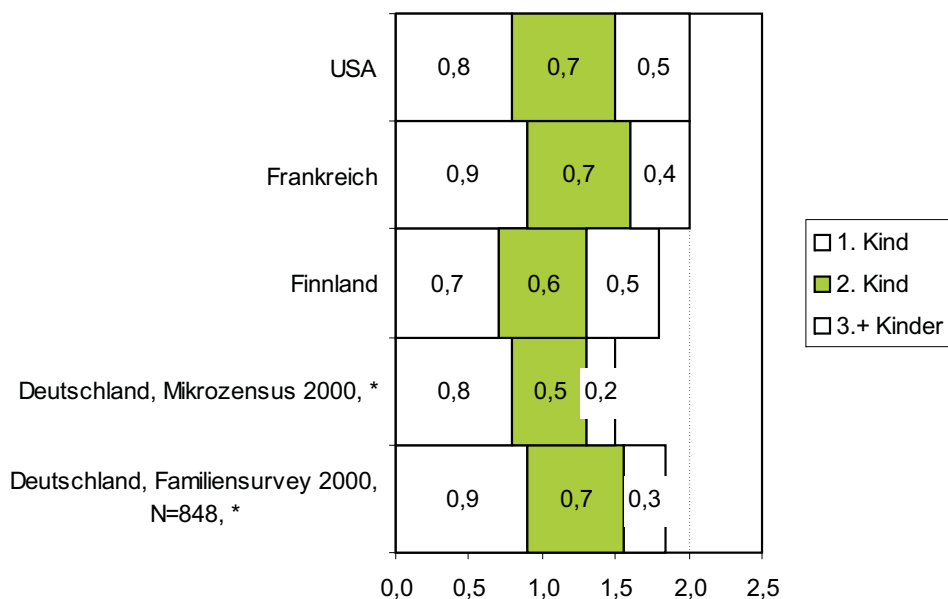


Abbildung 1: Länder-TFRs nach Paritäten
* Daten Geburtenrate der 40- bis 44-jährigen Frauen

Quelle: United Nations Population Division/ Eurostat/ eigene Berechnungen

Kinderwunsch

Diese Differenziertheit macht die Notwendigkeit nachhaltiger Familienpolitik deutlich, unterschiedliche Lebensvorstellungen und Planungen zur Familiengründung und -erweiterung zu unterstützen. Jedoch ist Kinderwunsch keine statische Größe, sondern abhängig von Lebensumständen und Zukunftsvorstellungen. Die Hypothese, die Kinderlosigkeit sei Ergebnis gestiegener Opportunitätskosten und eine Senkung dieser Kosten führe zu einer Vergrößerung der Zahl der Frauen, die sich dann für Kinder entscheiden, entspricht der ökonomischen Argumentation zur Sicherung der Rente: Durch die Senkung der Kosten für die einzelne Arbeitsstunde wird eine Vergrößerung des Arbeitsangebots und damit eine Zunahme der Beitragszahler erhofft. Selbst wenn bei den Unternehmen zweckrationales Handeln hinsichtlich der Arbeitsangebote unterstellt wird, ist dort auch davon auszugehen, dass die Ausweitung des Arbeitsangebotes auch von den Zukunftserwartungen der Unternehmer abhängt. Über die Zukunftserwartungen der jungen Erwachsenen sagt diese Theorie aber überhaupt nichts aus. Jedoch ist ohne eine solche Analyse und Begründung, warum die geänderten Opportunitätskosten die Zukunftserwartungen beeinflussen sollen, noch nicht einmal davon auszugehen, dass der bescheidene Effekt des Rückgangs der Kinderlosigkeit auf das niedrigere Niveau Frankreichs eintritt und dadurch eine Erhöhung der Geburtenrate um 0,1 Kinder auf durchschnittli-

che 1,5 Kinder pro Frau erwartet werden könnte.³ Darüber hinaus führt eine solche Vergrößerung der Grundgesamtheit der Mütter zu keiner Lösung des Strukturproblems der insgesamt zu kleinen deutschen Familien in Relation sowohl zu den USA wie zu den nordeuropäischen Ländern. Folgt man nicht dieser Theorie, sondern den demographischen Analysen des US Bureau of Census (Bachu 1999) zu den Ursachen der zunehmenden Kinderlosigkeit in den USA, wird deutlich, dass möglicherweise nicht die Opportunitätskosten das zentrale Problem sind, sondern ein Grundwiderspruch zwischen der Entwicklung des Humankapitals in einer Gesellschaft und der Entwicklung der Ressourcen für dieses Humankapital: Je mehr in die individuelle Bildung investiert wird, um so unwahrscheinlicher ist die Entscheidung für Kinder, insbesondere für mehrere Kinder.⁴ Nach den Zahlen des Mikrozensus gilt das im Übrigen auch für Deutschland. Bei genauerer Betrachtung der Kinderlosigkeit US-amerikanischer Frauen im Alter zwischen 40 und 44 Jahren und dem Vergleich mit Deutschland sind die Ausbildung und die erreichte Berufsposition die beiden zentralen Faktoren für die individuelle Entscheidung, ohne Kinder zu leben: Hoch qualifizierte Amerikanerinnen, die das akademische Ausbildungssystem durchlaufen haben, weisen mit 27 bis 30 Prozent eine Quote von Kinderlosigkeit auf, die sich in dieser Altersgruppe von Deutschland mit etwa 27 Prozent nur geringfügig unterscheidet.

Ähnliches gilt auch für die erreichte Berufsposition: Frauen in den höchsten Berufspositionen weisen auch die höchste Quote der Kinderlosigkeit auf, und zwar sowohl in den USA wie in Deutschland.

Die Entwicklung persönlicher Bildungsvorstellungen und die Investitionen in das eigene Humankapital haben die Handlungsmöglichkeiten und Optionen im Lebensverlauf junger Erwachsener so ausgeweitet, dass sie zwischen unterschiedlichen Präferenzen wählen können. Der deutsch - U.S. amerikanische Vergleich zeigt, dass sowohl die Ausbildung als auch die erreichte Berufsposition die beiden zentralen Faktoren für die individuelle Entscheidung sind, ohne Kinder zu leben. Eine hochqualifizierte Ausbildung, beruflicher Erfolg und die Zugehörigkeit zur obersten Einkommensgruppe scheinen nur dann erreichbar zu sein, wenn die berufliche Karriere in den Vordergrund und andere Optionen im Leben wie Kinder demgegenüber geringer gewichtet werden. Solche Berufspositionen sind in der Regel nur nach härtestem Wettbewerb zu erreichen und die Entscheidung für oder gegen Kinder wird getroffen, wenn man beruflich etabliert ist.

3 Eigene Berechnungen auf Basis Mikrozensus 2000, CTFR 40-44-Jährige unter der Annahme, dass die ehemals Kinderlosen sich dem Geburtenverhalten der heutigen Mütter anpassen.

4 Amara Bachu, Trends in Prematritral Childbearing: 1930-1994. Current Population Report, U.S. Census 1999.

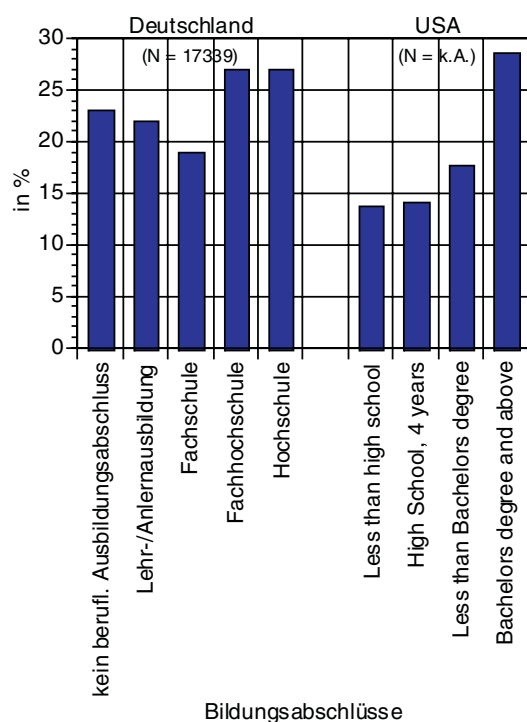


Abbildung 2: Kinderlosigkeit von 40-44 jährigen Frauen in Deutschland und Amerika nach dem Bildungsabschluss, im Jahr 1998

Quelle: Mikrozensus 1998, eigene Berechnungen/U.S. Census, Berechnungen von Amara Bachu

Partnerlos und elternabhängig

Die Entscheidung für ein Kind als Teil der eigenen Zukunft hängt davon abgesehen ganz entscheidend davon ab, ob man diese Zukunft zusammen mit einem Partner gestalten kann. Kinderlosigkeit ist in Deutschland auch das Ergebnis von Partnerlosigkeit oder der antizipierten Unsicherheit der Partnerschaft (Eckhart/Klein 2004; Media-Forschung und Service 2004).^{5,6} Die Ausdehnung der Bildungszeiten bei gleichzeitig weiter bestehender Verantwortlichkeit der Eltern für die ökonomische Existenzsicherung der Kinder bis zum Berufseintritt führt notwendigerweise dazu, dass eine gemeinsame neue Zukunft mit einem Partner und mit Kindern im Laufe dieser langen Bildungsphase zunehmend aus den Zukunftsoptionen der jungen Erwachsenen schwindet. Es ist plausibel nachvollziehbar, dass junge Erwachsene, die ökonomisch von ihren Eltern abhängig sind, teilweise noch bei ih-

5 Jan Eckhard/Thomas Klein, Kinderwunsch, Kinderzahl und Kinderlosigkeit von Männern. Eine Sonderauswertung des Familiensurveys, Heidelberg 2004.

6 Media-Forschung und -Service, Gründe für den Verzicht auf (weitere) Kinder. Mehr Kinder. Mehr Leben. Ergebnisse der forsa-Befragung 2004.

nen wohnen und sich um ihre Qualifikationen kümmern, das Verhalten Jugendlicher zeigen. Diese jungen Erwachsenen haben kaum die kurzfristige Aussicht, sich von den Eltern mit einem neuen Partner so abzugrenzen, dass sie unabhängig und selbstständig eine neue Zukunft für sich und ihre Kinder planen können.

Das „Hotel Mama“, insbesondere für die jungen Männer, von denen ein großer Teil erst jenseits des 27. Lebensjahres auszieht, ist auch einem Unterhaltsrecht geschuldet, das die gesamte Ausbildungsphase der Kinder in die Verantwortung der Eltern legt. Der deutsche Staat betont bei den jungen Erwachsenen die Elternrechte vor allem deswegen, weil er dadurch Kosten spart. Nicht die jungen Erwachsenen selbst erhalten direkte Unterstützung, sondern immer die Eltern. Dahinter steht eine Vorstellung von Subsidiarität, die davon ausgeht, dass verwandtschaftliche Beziehungen bei Unterstützung und Hilfe letztlich immer der staatlichen Unterstützung voranzugehen haben. Als Konsequenz dieser Subsidiarität bleibt nun das ökonomische Erwachsenwerden weiterhin an den Berufseintritt gebunden mit der Folge, dass bei einer Ausdehnung der Zeit für die Investition in das Humankapital im ersten Drittel des Lebens die Zeit für die Familiengründung schwindet. Daher ist es auch wenig überzeugend zu hoffen, dass die jungen Erwachsenen schon während der Ausbildung Kinder bekommen.

Der Family Fertility Survey von 1992 (jüngere Daten gibt es nicht) macht deutlich, dass das keine theoretischen Spekulationen sind, sondern empirische Fakten. Nach den Ergebnissen von Kiernan (2000) geben 50 Prozent der befragten bis 25-jährigen jungen Frauen in Deutschland an, keinen festen Partner zu haben, in Italien sind es sogar 60 Prozent, in Frankreich und in den nordeuropäischen Ländern jedoch nur 20 Prozent.⁷ Offenbar nehmen die jungen Erwachsenen in den Ländern, in denen die ökonomische Verantwortung ausschließlich bei den Eltern liegt, Rücksicht auf die Ressourcen ihrer Eltern und binden sich später als in jenen Ländern, die mehr auf die Selbstständigkeit der jungen Erwachsenen setzen. Dabei darf zudem nicht vergessen werden, dass die ökonomische Selbstständigkeit einer Familie in der Regel auf zwei Einkommen basiert. Nicht nur der junge Mann, sondern auch die junge Frau muss zunächst eine eigene ökonomische Basis haben, um eine gemeinsame Zukunft planen zu können.

Beispiele Frankreich und Finnland

Die Familienpolitik in Deutschland hat sich nicht mit der Frage auseinander gesetzt, welche Bedeutung die Selbstständigkeit und Unabhängigkeit von den Eltern für die Paarbildung und die gemeinsame Zukunftsplanung von jungen Erwachsenen hat. Während in Deutschland die berufliche Selbstständigkeit das einzige Kriterium für den unabhängigen Erwachsenen ist, wird in Frankreich auch die Entscheidung für ein Kind als Kriterium von Selbstständigkeit und Lösung vom Elternhaus interpretiert. Wenn sich beispielsweise in Frankreich junge Erwachsene für Kinder entscheiden, jedoch keinen Arbeitsplatz haben, tritt hier die Familienkasse ein. Die Zahlung von Wiedereingliederungshilfen an Arbeitslose, die unter 25 Jahren sind, hängt davon ab, ob diese Kinder haben oder nicht (De-

7 Kathleen Kiernan, European Perspectives on Union Formation, in: Linda Waite/Christine Bachrach/Michelle Hindin/Elizabeth Thomson/Arland Thornton (Hrsg.), *The Ties That Bind. Perspectives on Marriage and Cohabitation*, New York 2000.

ter 2003).⁸ Das französische System betrachtet die Kinder so lange in der ökonomischen Verantwortung ihrer Eltern, bis sich die erwachsen gewordenen Kinder in ihrer eigenen Zukunftsplanung selbst für Kinder entscheiden. Man mag dies auch als eine Art Zwang interpretieren, aber aus französischer Sicht sind solche Maßnahmen neutral gegenüber den persönlichen Entscheidungen.

Laaksonen (2000) hat den Übergang in das Erwachsenenalter in Finnland und Deutschland miteinander verglichen.⁹ Sie kommt zu dem Urteil, dass Deutschland vor allem der Familie, das heißt den Eltern hilft; die jungen Erwachsenen hingegen bekommen staatliche Unterstützung nicht als Individuen, sondern nur als Familienmitglieder der Herkunftsfamilie. Auch wenn die nordeuropäischen Länder ähnlich wie Deutschland die soziale Bürgerschaft im Wesentlichen mit der Integration in den Arbeitsmarkt verknüpfen, sind ihre Leistungen für junge Erwachsene viel stärker individuell auf die jungen Erwachsenen konzentriert und nicht als Unterstützung für die Eltern dieser jungen Erwachsenen organisiert. In Finnland beträgt das Höchstalter für den Bezug von Kindergeld 17 Jahre: Vor dem Gesetz endet die elterliche Fürsorge für ihre Kinder mit deren 18. Geburtstag. Doch wenn die Kinder studieren, sind die Eltern weiter mit verantwortlich. Studenten bekommen eine Unterstützung als Teildarlehen; bei den Mitteln wird das eigene Einkommen geprüft und sie sind zeitlich limitiert. Die Unterstützung wird reduziert, wenn man mit 20 Jahren noch zu Hause wohnt. Das Wohngeld zielt besonders auf junge Haushalte mit 18- bis 28-Jährigen und auf Studenten ab. Die Arbeitslosenhilfe verringert sich für Personen, die noch im elterlichen Haushalt wohnen und ist durch das Einkommen der Ehegatten limitiert. Die Sozialhilfe ist wie in Deutschland ein subjektives Recht, das abhängig von Einkommen und Vermögen berechnet wird, es werden aber nur die Mittel der Haushaltsmitglieder geprüft.

Der Unterschied des finnischen und französischen Systems zu Deutschland liegt in der Tatsache, dass junge Erwachsene im System der sozialen Sicherung nicht allein als Kinder ihrer Eltern interpretiert werden und insofern Stipendien, Unterstützung für die Wohnung und andere Sozialleistungen nicht immer an das Einkommen und die finanzielle Leistungsfähigkeit der Eltern gekoppelt werden, sondern im Grundsatz die Option erkennbar ist, jungen Erwachsenen so früh wie möglich die Möglichkeit zu geben, auf eigenen Füßen zu stehen.

Präferenzmodelle

Junge Erwachsene stellen jedoch keine in sich homogene Gruppe dar und auch die Motive und Einstellungen von jungen Frauen unterscheiden sich deutlich von männlichen Lebensentwürfen. Schon Elisabeth Pfeil hat 1961 versucht, Mütter entsprechend unterschiedlicher Motive und Orientierungen für Beruf und Familie in verschiedene Gruppen einzuteilen, um zu verdeutlichen, dass es weder die einheitlich berufsorientierte Frau noch die einheitlich familienorientierte Hausfrau und Mutter gäbe, sondern auf Grund individueller Lebensentscheidungen und Lebenserfahrungen höchst unterschied-

8 Gerhard Deter, Französische Familienpolitik. Funktion und Arbeitsweise der Caisse Familiale in Frankreich, in: KAS AI, 7 (2003).

9 Helena Laaksonen, Young Adults in changing Welfare States. Prolonged Transitions and Delayed Entries for Under-30s in Finland, Sweden and Germany in the '90s. Arbeitspapiere - Mannheimer Zentrum für Europäisch Sozialforschung, 12, 2000

liche Entscheidungen für ganz ausdifferenzierte Lebensmodelle.¹⁰ Dieser Versuch, auf der Basis unterschiedlicher Werte und Einstellungen die Präferenzen von Frauen zu untersuchen, wurde damals kaum zur Kenntnis genommen, weil die Definition der „guten Mutter“ als derjenigen, die sich nur um ihre Kinder kümmert, so dominant war, dass vorsichtige Differenzierungen dieses Modells keine Chancen hatten.

Politische Maßnahmen können jedoch nur dann eine Wirkung zeigen, wenn auch die Vielfalt weiblicher Lebensentwürfe berücksichtigt wird. Wir folgen im Wesentlichen Catherine Hakim (2000) von der London School of Economics, die fordert: „Fragt die Frauen“.¹¹ Die Berücksichtigung von Präferenzen und Einstellungen ergibt differenzierte Lebensentwürfe. Hakim unterscheidet drei Lebensstile: ausschließlich berufsorientierte Frauen, familien- und haushaltsorientierte Frauen sowie adaptive Frauen, welche die Vereinbarkeit der beiden Lebenswelten Familie und Beruf wünschen.

Mit Hilfe von Daten des Familiensurveys (Bertram 1991,¹² 1995¹³, Bien/ Rathgeber 2000)¹⁴ lassen sich im Wesentlichen drei unterschiedliche Präferenzen hinsichtlich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf feststellen, wie Hakim sie auch für England und Spanien darstellen konnte. Der größte Anteil mit 60 Prozent 1995 und 65 Prozent 2000 bildet die Gruppe der Frauen, die eine adaptive Lebensweise bevorzugen. Diese Frauen wollen im Grunde das Beste aus beiden Welten. Sie versuchen, Teilzeit zu arbeiten und zudem Arbeitszeit und Familienzeit so zu kombinieren, dass sich ihre Familienwerte und die Beziehungen zu ihren Kindern und anderen nahestehenden Personen mit ihrer beruflichen Arbeit optimal vereinbaren lassen.

Die zweitgrößte Gruppe der berufsorientierten Frauen ist zwischen 1995 und 2000 von 26 auf 21 Prozent etwas zurückgegangen, was im Wesentlichen auf Ostdeutschland zurückzuführen ist, wo das adaptive Modell deutlich zugenommen hat. Ausschließlich berufsorientierte Frauen sind damit trotz des gestiegenen Bildungsniveaus und der Integration der Frauen in professionelle Berufe auch heute noch eine Minderheit. Genau genommen ist der Ausdruck berufsorientiert unkorrekt, da der Lebensschwerpunkt dieser Frauen (und auch vieler Männer) lediglich ein anderer ist als Mutterschaft und Familienleben und daher auch Frauen, die ihren Lebenssinn im Sport, in der Politik oder in der Kunst sehen, in diese Gruppe fallen. Wenn diese Frauen Kinder bekommen, ändern sie auf keinen Fall ihre Prioritäten mit der Geburt des Kindes und organisieren die Kinderbetreuung größtenteils außer Haus.

Als homecentred bezeichnet Hakim Frauen, die sich für ein privates, familiäres Leben außerhalb der Öffentlichkeit und der beruflichen Sphäre entscheiden. Nach den Daten des Familiensurvey benennen 14 Prozent der Frauen diese Präferenz, während diese Orientierung bei Männern faktisch nicht vorkommt. Auch dieser Lebensstil lässt sich in allen sozialen Schichten beobachten. Familien-/haushaltsorientierte Frauen vermeiden es, außerhalb der Familie zu arbeiten, solange keine finanziellen Probleme auftreten. Sie investieren jedoch nicht unbedingt weniger in ihre Qualifikationen und nut-

10 Elisabeth Pfeil, Die Berufstätigkeit von Müttern. Eine empirisch-soziologische Erhebung an 900 Müttern aus vollständigen Familien. Tübingen 1961.

11 Catherine Hakim, Work-Lifestyle Choices in the 21st Century. Preference Theory, Oxford 2000

12 Hans Bertram (Hrsg.), Die Familie in Westdeutschland. Wandel und Entwicklung familialer Lebensformen, DJI Familiensurvey 1 1991.

13 Hans Bertram (Hrsg.), Das Individuum und seine Familie. Lebensformen, Familienbeziehungen und Lebensereignisse im Erwachsenenalter, DJI Familien-Survey 4 1995.

14 Walter Bien/Richard Rathgeber, Die Familie in der Sozialberichterstattung. Ein europäischer Vergleich, DJI Familiensurvey 3 2000.

zen das Bildungssystem auch als Heiratsmarkt. Bei dieser Gruppe von Frauen spielen nicht nur die Kinder in der Lebensplanung eine große Rolle, sondern auch der Haushalt und das eigene Haus sind Teil der eigenen Lebens- und Zukunftsgestaltung.

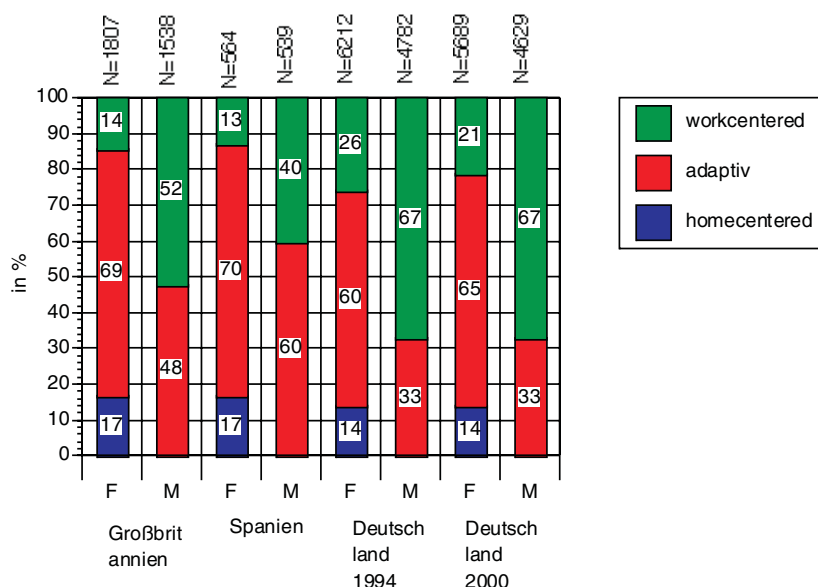


Abbildung 3: Die Verteilung der Arbeitstypen für Männer und Frauen in Großbritannien, Spanien und Deutschland

Quelle: Daten für GB und Spanien: Hakim (2003)¹⁵; Daten für Deutschland: DJI Familiensurveys 1994 und 2000, eigene Berechnungen

Vollzeit-, Teilzeit- und Hausfrauen

Beim Vergleich dieser Präferenzmodelle mit dem tatsächlichen Verhalten zeigen sich deutliche Diskrepanzen. Daten des Mikrozensus ergeben, dass in Deutschland weniger Frauen Teilzeit und mehr Frauen Hausfrau bzw. Vollzeit beschäftigt sind als es das Präferenzmodell vermuten ließe.¹⁶ Wir haben bei unserer Analyse nur Frauen mit Kindern unter 15 Jahren betrachtet. Es zeigt sich, dass der gewählte Arbeitstyp stark variiert in Abhängigkeit vom höchsten erreichten Schulabschluss, vom Einkommen sowie vom Lebensalter und der Anzahl der Kinder. So sind Frauen mit Hochschulreife deutlich häufiger Vollzeit beschäftigt und seltener Hausfrau als Frauen mit Hauptschulabschluss.

¹⁵ Catherine Hakim, *Models of the Family in Modern Societies. Ideals and Realities*, Ashgate 2003

¹⁶ Eigene Berechnungen auf Basis Mikrozensus 2000

Mit steigenden Pro-Kopf-Familien-Nettoeinkommen sinkt der Anteil der Hausfrauen. Das Alter der Kinder ist insofern bedeutsam, als dass Frauen mit Kindern unter drei Jahren doppelt so häufig zu Hause sind wie Frauen mit Kindern im Schulalter zwischen sechs und 15 Jahren. Die jeweilige Veränderung zwischen den drei Präferenzen, nämlich Abnahme der Hausfrauen-Rolle, vollzieht sich immer in Richtung auf Teilzeit-, nicht aber auf Vollzeittätigkeit. Mit zunehmender Kinderzahl steigt der Anteil der „home-centred“-Frauen erwartungsgemäß deutlich an.

Diese Ergebnisse stimmen recht genau mit Befunden aus England überein. Denn auch in den Untersuchungen von Hakim (vgl. Anm. 14) präferierte die größte Gruppe, nämlich etwa 60 Prozent, der befragten Mütter ein Modell, das ihnen die Gestaltung ihrer Erwerbstätigkeit auch in Abhängigkeit vom Lebensalter der Kinder ermöglichte, um auch die Bedürfnisse der Kinder in die Zeitstrukturen des Erwerbslebens einfügen zu können. Die subjektiven Entscheidungen für unterschiedliche Lebensstile müssen von Staat und Gesellschaft akzeptiert werden. Eine nachhaltige Familienpolitik, die in ihrer Grundstruktur nicht auf diese unterschiedlichen Präferenzen mit unterschiedlichen Optionen reagiert, wird immer bestimmte Gruppen von Frauen und Müttern nicht ansprechen.

Die Reaktionen der verschiedenen Frauen auf familienpolitische Maßnahmen fallen entsprechend ihrer Präferenzen natürlich sehr unterschiedlich aus. Während berufsorientierte Frauen empfänglich für alle Maßnahmen sind, die ihre beruflichen Orientierungen und Entfaltungsmöglichkeiten unterstützen, profitieren familien- und haushaltsorientierte Frauen von Familien- und Sozialpolitiken. Adaptive Frauen sind offen für alle Formen von Zeit- und Infrastrukturpolitik, die helfen, die beiden Lebensbereiche Familie und Erwerbstätigkeit leichter miteinander zu vereinbaren. Auch sind sie ein besonderer Adressat für eine Politik, die die Benachteiligungen, die sich aus solchen adaptiven Lebensentwürfen ergeben, aufhebt oder doch zumindest mindert. Nur ein intelligenter Mix aus Zeitoptionen, Infrastrukturangeboten und Geldtransfers kann diesen unterschiedlichen Lebensentwürfen gerecht werden.

Engelhardt, Kögel und Prskawetz (2004) weisen ganz im Sinne der hier formulierten Perspektive einer nachhaltigen Familienpolitik darauf hin, dass in den Ländern, in denen die Präferenzen und Lebensvorstellungen der betroffenen Frauen und Männer Teil der Familienpolitik geworden sind, auch die Inkompatibilitäten zwischen den beruflichen Anforderungen und den familiären Verpflichtungen geringer geworden sind.¹⁷

Es stellt sich auch die Frage, ob man nicht auf Dauer die Aufgaben von Frauenbeauftragten zu Elternbeauftragten erweitert und so betriebs- und aufgabenspezifisch auch Lösungen erarbeitet, die die antizipierten Nachteile vermindern helfen. Das kann Unterstützung bei der Karriereplanung sein oder auch die Verbesserung der Kinderbetreuung, das kann die Flexibilisierung der Arbeitszeitorganisation sein oder die Hilfe bei der Jobsuche für den Partner bei erwarteter Mobilität, dies alles ist im Wesentlichen eine betriebliche Angelegenheit des Personalmanagements. Erst wenn das Gefühl entsteht, dass Kinder kein Nachteil in der eigenen Lebensplanung sind, wird die Entscheidung für Kinder getroffen. Da der Staat aber gerade bei den Hoch- und Höchstqualifizierten das Ausbildungsmonopol hat, ist er in diesem Fall besonders gefordert. Man kann die deutschen Universitäten daraufhin untersuchen, was sie für die Vereinbarkeit von Studium und Familiengründung oder für eine familienfreundliche Karriereplanung ihrer Nachwuchswissenschaftler tun.

17 Henriette Engelhardt/Tomas Kögel/Alexia Prskawetz, in: Fertility and women's employment reconsidered: a macro-level time series analysis for developed countries, 1960-2000. Population Studies, 58/1, S. 109-200, 2004.

Nun ließe sich natürlich auch die These vertreten, dass solche Präferenzen, wenn sie in der Familienpolitik berücksichtigt werden, zwar den unterschiedlichen Lebensvorstellungen von Frauen gerecht werden, aber im Sinne einer nachhaltigen Familienpolitik keine Effekte zu erwarten sind, weil beispielsweise die Entscheidung für ein Kind oder aber für mehrere Kinder weder von dem tatsächlichen Arbeitsmarktverhalten noch von diesen Präferenzen abhängig ist. Das ist aber nicht der Fall. Vergleicht man die realisierte Kinderzahl der voll erwerbstätigen Frauen mit der realisierten Kinderzahl der Teilzeit und der nicht erwerbstätigen Frauen auf der Basis des Mikrozensus, so bestätigen sich Hakims Annahmen. Frauen mit einer adaptiven Lebenskonzeption realisieren ähnlich wie Hausfrauen eine höhere Kinderzahl als voll erwerbstätige Frauen. Die Vollzeit erwerbstätigen Frauen haben eine Geburtenrate von 0,9 Kindern pro Frau und die Kinderlosigkeit ist mit 48 Prozent extrem hoch. Von den Teilzeit oder nicht erwerbstätigen Frauen sind hingegen nur zwischen 15 und 20 Prozent kinderlos, ihre Geburtenrate beträgt rund 1,6 Kinder pro Frau.¹⁸

Die internationale Diskussion zur Frage des Einflusses des Erwerbstätigkeit auf die Fruchtbarkeit ist für Deutschland eindeutig zu beantworten: Unter den gegenwärtigen Bedingungen führt Vollerwerbstätigkeit in der Regel zu weniger Kindern. Das gilt im Übrigen auch für England (Hakim 2003).¹⁹ Die Geburtenrate der heute 40–44jährigen Frauen wäre um 0,1 Kinder pro Frau höher, wenn diese Frauen entsprechend ihrer Präferenzen häufiger das adaptive Modell verwirklicht und auch entsprechend die höhere Kinderzahl realisiert hätten.²⁰ Wir müssen jedoch auch davon ausgehen, dass es auf Dauer einen signifikanten Anteil von jungen Männern und jungen Frauen gibt, die sich nicht für Kinder entscheiden, weil sie als Berufsmenschen andere Lebensziele für nicht so wichtig erachten. Zur Reduktion der Kinderlosigkeit wie in Frankreich oder Finnland benötigen wir also Modelle, die adaptive Lebensstile ebenso ermöglichen wie die Realisierung von Kinderwünschen bei voll erwerbstätigen Frauen, wie aber auch die gesellschaftliche Akzeptanz der Frauen und Mütter, die ihren Lebenssinn in der Familie und im Haushalt finden.

Szenarien der Geburtenentwicklung

Auch wenn eine Kalkulation unterschiedlicher Geburtenraten auf der Basis unterschiedlicher Annahmen, die sich aus der bisherigen Argumentation ergeben, notwendigerweise spekulativ ist, weil wir die zukünftigen Lebensvorstellungen und Entscheidungsgrundlagen junger Erwachsener für Kinder nicht kennen können und anders als bei wirtschaftswissenschaftlichen Prognosen auch kaum Aussagen über die Rationalität solcher personaler Entscheidungen zur Grundlage gemacht werden können, haben wir verschiedene Szenarien berechnet, um deutlich zu machen, dass eine Familienpolitik, die nicht versucht, verschiedene Maßnahmen zu kombinieren, mit einiger Wahrscheinlichkeit nur einen sehr begrenzten Effekt auf die Geburtenentwicklung haben kann. Hingegen vermuten wir hier, wenn auch mit der gebotenen Vorsicht, dass ein Policy Mix aus unterschiedlichen Strategien erfolgreicher sein wird.

So hätte ein Vorziehen der Geburten um ein Jahr durchaus Effekte auf die Entwicklung der Geburtenrate (TFR) und ließe sie im Jahr 2017 auf 1,43 Kinder pro Frau anwachsen. Ab 2037 würde sich die Geburtenrate jedoch wieder bei 1,34 Kindern pro Frau einpendeln, da die Frauen in der Summe

18 Eigene Berechnungen auf Basis Mikrozensus 2000, N=18128

19 vgl. C. Hakim, Anm. 14

20 Eigene Berechnungen auf Basis Mikrozensus 2000

die Zahl ihrer Kinder nicht vergrößern (Szenario 2). Berechnungen von Kohler ergeben jedoch, dass ein Vorziehen des Geburtsalters die Geburtenrate des jeweiligen Altersjahrgangs um drei Prozent anhebt (Szenario 3).²¹ Im vierten Szenario folgen wir Annahmen von Lutz et al., nach dessen Berechnungen bei einer Erhöhung des Durchschnittsalters bei der Geburt um 0,1 Jahre die Geburtenrate um 0,19 Kinder pro Frau sinkt. Folglich berechnen wir eine Zunahme der TFR um 0,19, da sich das durchschnittliche Alter der deutschen Mütter bei Geburt ihrer Kinder jährlich um 0,1 Jahre verzögerte. Das fünfte Szenario verbildlicht den Verlauf der TFR unter der Annahme eines sofortigen Stopps des Geburtenaufschubs sowie eines schrittweisen Vorziehens des Alters von Müttern bei Geburt ihrer Kinder um ein Jahr und einer dadurch ausgelösten höheren Kohortenfertililität von 3 Prozent. Dieses „Top-Szenario“ würde zu einem Anstieg der Geburtenrate auf 1,64 Kinder pro Frau im Jahr 2017 und ab 2037 zu einer konstanten Geburtenrate von 1,57 Kindern pro Frau führen.

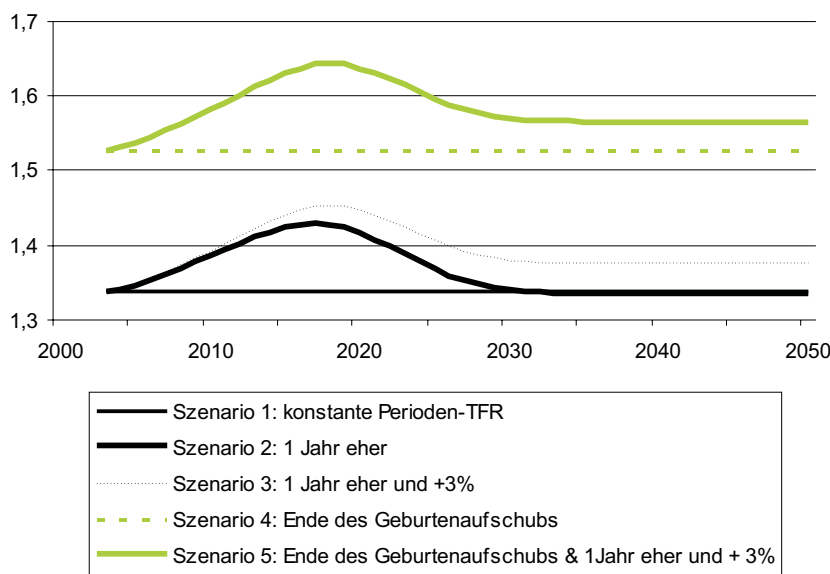


Abbildung 4: TFR unter Zeit-Szenario

Quelle: Daten für 2003: Statistisches Bundesamt, Altersspezifische Geburtenziffern 2003, Altersjahrmethode/ eigene Berechnungen

Jedoch gehen wir nicht davon aus, dass durch familienpolitische Maßnahmen eine Kumulation aller Effekte erreicht werden kann. Es ist völlig unrealistisch anzunehmen, dass eine geringere Kinderlosigkeit, mehr Mehrkinderfamilien, mehr Teilzeit arbeitende Frauen und eine frühere Geburt des ersten Kindes dazu führen, dass die einzelnen recht geringen Effekte von 0,1 bis 0,2 sich auf Dauer ad-

²¹ Wolfgang Lutz/ Vegard Skirbekk, How would Tempo Policies Work? Exploring the Effect of School Reforms on period fertility in Europe, 2004

dieren und die Geburtenrate auf über 2 erhöhen. Wir haben diese Szenarien durchgerechnet, um deutlich zu machen, dass eine Familienpolitik, die sich nur auf eine Maßnahme konzentriert, nur sehr geringe Effekte hervorrufen kann, während eine integrative Konzeption möglicherweise doch dazu beitragen kann, dass sich Deutschland wieder dem europäischen Durchschnitt nähert.

Das gesellschaftliche Interesse an einer solchen Politik sollte aber nicht damit begründet werden, dass nur auf diese Weise unsere Alterssicherungssysteme auf Dauer gesichert werden können. Vielmehr liegt das gesellschaftliche Interesse an einer nachhaltigen Familienpolitik, die sich auch mit Fragen der Fertilität befasst, gerade darin, dass Gesellschaften ohne Kinder nicht zukunftsfähig sind. Ohne Kinder reduziert sich die Zukunftsperspektive einer Gesellschaft auf 30 bis 40 Jahre, nämlich auf die Lebenszeit der aktiven Bevölkerung. In dieser Zukunftsfähigkeit treffen sich gesellschaftliche Interessen und die Interessen von Paaren, die ihre eigene individuelle Zukunft mit Kindern gestalten wollen.

„Ask the women!“

Die Entscheidung darüber, ob die unterschiedlichen Präferenzen für Lebensführungen von Frauen auch gesellschaftlich berücksichtigt werden, ist letztlich eine Frage der politischen Diskussion. Unter der Perspektive einer nachhaltigen Familienpolitik gibt es aber eine ganze Reihe von Gründen und auch Strategien, die dafür sprechen, die Formel von Hakim „Fragt die Frauen!“ auch politisch ernst zu nehmen. Denn man kann davon ausgehen, dass junge Erwachsene, die sich auf der Basis persönlicher Motive und gemeinsamer Zukunftsvorstellungen mit ihrem Partner für eine selbst verantwortliche Elternschaft entscheiden, diese von ihnen übernommene Verantwortung für Kinder dann am besten realisieren können, wenn sie die Lebensvorstellungen, die sie sich hinsichtlich ihrer privaten Lebensführung und Elternschaft gemacht haben, auch umsetzen können. Unter einer politischen Perspektive heißt das allerdings, dass Staat und Gesellschaft im Sinne einer nachhaltigen Familienpolitik zumindest versuchen, die Rahmenbedingungen so zu verbessern, dass solche individuellen Optionen auch umgesetzt werden können. Die Legitimation für solche politischen Maßnahmen liegt aus unserer Sicht nicht darin, Geburtenraten in die eine oder andere Richtung zu beeinflussen.

Mix aus Zeitpolitik, Geldtransfers und Infrastruktur

Ohne Frage hat eine solche nachhaltige Familienpolitik nur dann eine Chance, diese Rahmenbedingungen zu schaffen, wenn die verschiedenen Instrumente familienpolitischen Handelns die unterschiedlichen Präferenzen reflektieren. Wir haben schon weiter oben darauf hingewiesen, dass insbesondere die Zeitpolitik, die die Organisation von Lebensverläufen wie aber auch die Organisation der täglichen Arbeitszeit betrifft, als eine gemeinsame Aufgabe von Regierung, Arbeitgebern und Gewerkschaften anzusehen ist, um sicherzustellen, dass solche insbesondere adaptiven Lebensmodelle nicht nur gelebt werden können, sondern auch nicht zu beruflichen Nachteilen im Lebensverlauf führen, weil die Arbeitswelt an dem männlichen Normallebensentwurf festhält.

Wir sind auch der Meinung, dass die Einführung eines Elterngeldes als Lohnersatz sowohl die Modelle der Vollerwerbstätigkeit wie aber auch das Modell der adaptiven Lebensführung positiv unterstützen kann. Denn in einem Modell des Elterngeldes als Lohnersatz wird deutlich gemacht, dass die Entscheidung, sich für eine bestimmte Zeit verantwortlich um das eigene Kind zu kümmern, aus ge-

sellschaftlicher Sicht genauso wichtig ist wie der Beruf, der gerade ausgeübt wird. Ein solches Elterngeld macht aber auch deutlich, dass diejenigen, die eine persönliche Verantwortung für ihre Kinder übernehmen, deswegen nicht auf ihre eigene ökonomische Selbstständigkeit verzichten müssen. Private Verantwortung für die Kinder in unserer Gesellschaft heißt nicht, sich nun in die ökonomische Abhängigkeit vom Partner zu begeben, nur weil die Frau einen anderen Lebensentwurf als den männlichen präferiert und lebt. Dass die nordeuropäischen Staaten, die das Elterngeld eingeführt haben, auf diese Weise auch das Problem der Kinderarmut viel besser lösen als Deutschland, sei nur am Rande vermerkt, denn bei der Zahlung eines Elterngeldes ist die Hilfe zum Lebensunterhalt keine wirkliche Option der Lebensgestaltung.

Wenn es darüber hinaus gelingt, dass Kommunen und Betriebe Kinderbetreuungseinrichtungen und Infrastruktur für Kinder so entwickeln und gleichzeitig auch die betriebliche Alltagsorganisation so strukturieren, dass die Lebensbedürfnisse von Kindern und die Lebensvorstellungen der Eltern hier Unterstützung finden, dann kann erwartet werden, dass voll erwerbstätige und adaptive Lebensmodelle realisiert werden können.

Zu den Autoren

Hans Bertram, Prof. Dr. phil. habil., geb. 1946; Professor an der Humboldt-Universität zu Berlin (E-Mail: hbertram@sowi.hu-berlin.de).

Wiebke Rösler, Dipl. Soz.-wiss., geb. 1979; DFG-Mitarbeiterin an der Humboldt-Universität zu Berlin (E-Mail: wiebke.roesler@rz.hu-berlin.de).

Nancy Ehlert, Dipl. Soz.-wiss., geb. 1974; wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Humboldt-Universität zu Berlin (E-Mail: nancy.ehlert@rz.hu-berlin.de).